Darmstadt

Dealer mit 30 Kilo Marihuana

Drogenfahnder haben in Darmstadt drei Männer geschnappt, die über Jahre hinweg 30 Kilogramm Marihuana verkauft haben sollen. Damit hätten die Verdächtigen im Alter von 20, 49 und 61 Jahren mehr als 100 000 Euro Gewinn gemacht. In den Wohnungen der Männer, die bereits 2007 mit den Geschäften begonnen haben sollen, wurden unter anderem 850 Gramm Marihuana und rund 25 000 Euro Bargeld sichergestellt. Gegen den vorbestraften 49-Jährigen, der unter Bewährung steht, und gegen den 61-Jährigen erging Haftbefehl. *lhe*

Gießen

Warnung vor Hochwasser

Das Gießener Regierungspräsidium hat gestern eine Hochwasserfrühwarnung für die Lahn herausgegeben. Der Fluss werde heute voraussichtlich unterhalb von Marburg kräftig steigen, wenn die vorhergesagten Niederschläge fallen, teilte das RP mit. Auch an den Nebengewässern Wohra und Ohm komme es voraussichtlich zu kleineren Überschwemmungen am Ufer. *lhe*

Landtag erstmals live im Internet

Die Regierungserklärung von Wirtschaftsminister Florian Rentsch (FDP) über die „Hessische Wachstumspolitik“ wird Geschichte machen. Weniger wegen ihrer überschaubaren politischen Aussagekraft, sondern weil sie die erste live im Internet übertragene ihrer Art war. Auch Redakteure dieser Zeitung nutzten das neue Angebot (Foto), das nach einer Entscheidung des Hessischen Landtags von jetzt an dauerhaft gelten soll. Angeregt hatten diese neue Form der „Politik für alle“ übrigens die Piraten. Nach Beratungen der Landtagsspitzen wurden der Hessische Rundfunk sowie dessen private Konkurrenz Hit Radio FFH aufgefordert, Angebote für die Übertragung eines sogenannten Livestreams im Internet abzugeben. Die Bad Vilbeler machten schließlich das Rennen gegenüber dem Landessender, weil sie sich zusätzlich noch verpflichteten, eine App einzurichten, was dem HR finanziell zu aufwendig erschien. Beim ersten Mal wackelten gestern Bild und Ton noch bedenklich, aber das entmutigt die FFH-Leute keineswegs. Laut Pressesprecher Dominik Kuhn gab es zur Premiere mit 3000 Klicks innerhalb der ersten drei Stunden eine sehr gute Resonanz. Die Übertragungen aus dem Landesparlament – in den meisten Ländern längst Alltag – sind dennoch alles andere als ein Geschäft. Man verzichte bewusst darauf, die Debatten mit Werbung zu untermalen, so Kuhn. *gh/Foto: Christes*

Wiesbaden

FDP hofft auf weniger Finanzausgleich

Die FDP in Hessen geht von künftig deutlich geringeren Zahlungen des Landes in den Länderfinanzausgleich aus. Die schwarz-gelbe Landesregierung hat eine Klage gegen die derzeitige Regelung angekündigt. Er hoffe, dass Hessen nach einer Neuordnung künftig ein Drittel oder sogar die Hälfte weniger in den Topf einzahlen muss, sagte FDP-Chef Jörg-Uwe Hahn, der auch Vize-Regierungschef ist, gestern. Zur Reform der Ausgleichszahlungen legten die Liberalen ein Gutachten von Finanzwissenschaftlern vor, das bereits im November vergangenen Jahres in München vorgestellt worden war. Künftig sollen unter anderem die Einnahmen aus Lohn- und Einkommensteuer nicht mehr nur nach dem Wohnort des Arbeitnehmers verteilt werden, sondern je zur Hälfte nach Wohnort und Arbeitsplatz. *lhe*

Reichelsheim

Busfahrer mit Waffe bedroht

Ein Unbekannter hat am frühen Dienstagmorgen in Reichelsheim (Odenwaldkreis) einen Busfahrer mit einer Pistole bedroht und beraubt. Der 59 Jahre alte Fahrer eines Linienbusses hatte kurz vor dem Überfall seine Fahrt beendet und wollte gerade den Bus abschließen, teilte die Polizei Darmstadt mit. Der Täter zückte seine Waffe und verlangte die Einnahmen. Die Beute war allerdings gering: Der Mann flüchtete mit nur 100 Euro. *lhe*

Darmstadt

Vorschläge zum Lärmaktionsplan

Rund 11 000 Stellungnahmen von Privatleuten und Gemeinden zum Entwurf des Lärmaktionsplans für den Frankfurter Flughafen hat das Regierungspräsidium (RP) Darmstadt ausgewertet. Aus 110 Kommunen rund um den Flughafen seien Kommentare und Vorschläge eingegangen, die nun von den Fachbehörden geprüft würden, teilte das RP am Dienstag mit. Hauptforderungen seien eine Ausweitung des Nachtflugverbots, eine Deckelung der Flugbewegungen und eine Schließung der neuen Landebahn Nord-West. Häufig seien auch Lärmobergrenzen verlangt worden, viele Einsender hätten zudem die Südumfliegung thematisiert. *lhe*

Bad Hersfeld

Deckenlampe löst Brand aus

Ein technischer Defekt an einer Deckenlampe hat am vergangenen Donnerstag den Brand in einem historischen Gasthaus in Bad Hersfeld ausgelöst. Das hätten die Untersuchungen ergeben, teilte die Polizei mit. Brandstiftung wurde von den Experten ausgeschlossen. *lhe*

Die Kripo sucht das Leck

Polizeiaffäre um Kronzeugen, 3. Teil: Anwalt spricht von „streng rechtswidrigem Verhalten“ – LKA erstattet Anzeige

Aufregung bei der Polizei: Gleich drei Behörden nahmen gestern Stellung zu den Berichten dieser Zeitung über den Kronzeugen der Polizei gegen die Hells Angels. Zumindest inhaltlich gab's kaum was zu mäkeln.

Von Thomas Ruhmöller

Wiesbaden/Mainz/Frankfurt. Die Situation ist nun doch ein wenig verworren:

Da bittet im Mai 2010, das Schreiben liegt dieser Zeitung vor, die hessische LKA-Präsidentin Sabine Thurau ihren Kollegen in Rheinland-Pfalz, den Kronzeugen gegen die Hells Angels in das Zeugenschutzprogramm aufzunehmen.

Daniell M.-D. wird daraufhin in eine neue Wohnung in Bad Kreuznach einquartiert. Er bekommt, wie es das Zeugenschutzgesetz vorsieht, einen neuen Namen („Daniel Messer“), dazu passende Papiere, er wird unter neuem Namen bei der Führerscheinstelle, beim Arbeitsamt und bei der AOK angemeldet, er wird von Mainzer Zeugenschützern betreut…

…und jetzt kommen die Behörden plötzlich an und sagen: Nein, nein! Der Mann war gar nicht im Zeugenschutzprogramm! Das hat der Staatsanwalt ja gar nicht genehmigt! Daniell M.-D. war nur ein „gefährdeter Zeuge“!

So steht's, sinngemäß, in den Presseerklärungen, die gestern die Landeskriminalämter in Mainz und Wiesbaden verschickten. Wortklauberei? Oder klare Rechtslage? Frage an den Juristen Dr. Ulrich Endres, einen der profiliertesten Strafverteidiger der Region: Was ist von dieser Darstellung zu halten?

„Wenn der Staatsanwalt einer Aufnahme in das Zeugenschutzprogramm nicht zustimmt, gibt es kein Zeugenschutzprogramm. Punkt.“ Dann aber dürfe die Polizei natürlich auch nicht hingehen und exakt all die Maßnahmen umsetzen, die ausdrücklich fürs Zeugenschutzprogramm vorgesehen seien.

„Was mit diesem Zeugen gemacht wurde“, sagt Endres, „hat mit unseren Gesetzen rein gar nichts mehr zu tun.“ Der Anwalt spricht von „streng rechtswidrigem Verhalten“ der Polizei; die Landeskriminalämter hätten „gegen jede Strafprozessordnung agiert“.

Lückenlose Aufklärung

Damit nehmen die Geschichten um den Kronzeugen inzwischen gespenstische Züge an. Diese Zeitung hatte enthüllt, dass Daniell M.-D. mit Geld, mit Leihwagen und mit Irland-Urlaub „gepampert“ wurde: Er sollte bei Laune gehalten werden, sollte weiter gegen die Hells Angels aussagen. Dass eine Kriminalpsychologin den Mann als unglaubwürdig eingestuft hatte, störte die ermittelnden Beamten in Wiesbaden offenbar nicht. Sie wollten den Erfolg gegen die Rocker, sie wollten ihn um jeden Preis.

Seit Ende letzter Woche liegen Hessens Innenministerium Fragen dieser Zeitung zu der Polizeiaffäre vor. Sie wurden bis heute nicht beantwortet. Erst gestern Nachmittag kam eine dürftige Mail: Der Landespolizeipräsident sei beauftragt, den Vorgang „lückenlos“ aufzuklären. Alle beteiligten Polizeibeamten „müssen dazu Erklärungen abgeben“. Die Staatsanwaltschaft möge prüfen, „inwieweit sie Handlungsbedarf sehe“. Und dann noch dieser Satz: „Die verantwortliche Behördenleiterin“ habe sich „unaufgefordert zu den Vorgängen eingelassen“.

Gemeint ist Sabine Thurau. Auf den Fluren der Behörde wisperte man gestern, Thurau habe umgehend jede Verantwortung für den Umgang mit dem Kronzeugen von sich gewiesen. Was in den letzten Jahren beim LKA passiert sei, dafür könne sie nicht verantwortlich gemacht werden.

Interne Ermittlungen

Das Landeskriminalamt Mainz reagierte wesentlich ausführlicher: In einer dreiseitigen Erklärung bestätigte man die Berichterstattung dieser Zeitung weitgehend. Lediglich einige Details wurden korrigiert: So sei z. B. die „Tarnidentität“ von Daniell M.-D. nicht auf Dauer angelegt gewesen. Auch habe der Mann keine Luxusautos zur Verfügung gestellt bekommen, sondern „kleinere Fahrzeuge, z.B. einen Renault Scenic und einen Audi A3“.

Fettgedruckt findet sich in dieser LKA-Erklärung ein Satz, der vermuten lässt, dass man in Mainz auf die hessischen Kollegen nicht mehr so gut zu sprechen ist. „Mit den eigentlichen Ermittlungen“, betonen die Mainzer ausdrücklich, seien sie „zu keiner Zeit“ befasst gewesen. Also waren's die Hessen…

Dazu passt, was die „Allgemeine Zeitung“ in Mainz gestern berichtete: „Gut informierte Kreise“ seien überzeugt, dass der Zeuge den Rheinland-Pfälzern von den Hessen „untergejubelt“ worden sei.

Spätestens jetzt konnte auch das LKA Hessen nicht mehr schweigen. Gestern Abend, nach 20 Uhr, wurde eine zweiseitige Presseerklärung verschickt. Auch darin wird die Darstellung in den Berichten dieser Zeitung weitestgehend bestätigt.

Ansonsten geht's jetzt offenbar nicht in erster Linie darum, möglicherweise gesetzwidriges Verhalten einer Polizeibehörde aufzuarbeiten. O-Ton LKA Hessen: „Die Darstellungen der letzten Tage in der Frankfurter Neuen Presse sind für das Hessische Landeskriminalamt Anlass zu umfangreichen internen Ermittlungen.“

Klarer Fall: Das innerbehördliche Leck, das stört, das muss gefunden und dicht gemacht werden. Da der Verdacht des Verrats von Dienstgeheimnissen begründet sei, so heißt es in der Pressemitteilung, „wurde eine Strafanzeige gestellt“.

Vereinsverbote vor Gericht

Gericht will am 21. Februar über Klage der Hells Angels entscheiden

Frankfurt/Kassel. Neuer Anlauf des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs: Jetzt soll am 21. Februar in Kassel über die Anfechtungsklage der Frankfurter Hells Angels entschieden werden. Das bestätigte gestern Gerichtssprecher Harald Pabst. Die Rocker-Vereine „Westend“ und „Frankfurt“ wollen erreichen, dass die gegen sie von Innenminister Boris Rhein verhängten Vereinsverbote aufgehoben werden.

Der Anwalt der Rocker, der Frankfurter Verwaltungsrechtler Rechtsanwalt Michael Karthal, hält in seiner Anfechtungsklage dem Innenminister unter anderem vor, er habe die Ergebnisse polizeilicher Ermittlungsarbeit in die Verbotsverfügungen aufgenommen. Das entspreche nicht den gesetzlichen Bestimmungen, die von einem Innenministerium eine eigene Bewertung verlangen.

Ausgangspunkt der polizeilichen Maßnahmen waren Aussagen eines dubiosen Informanten (siehe Bericht auf dieser Seite). Sie führten zu zwei Großrazzien Ende 2010, die kaum verwertbare Ergebnisse brachten. Gleichwohl unterzeichnete Boris Rhein im Herbst 2011 die Vereinsverbote – just zu einer Zeit, als er Oberbürgermeister von Frankfurt werden wollte. Die spektakulär inszenierten Polizeiaktionen gerieten dadurch in den Verdacht, für den Wahlkampf terminiert worden zu sein.

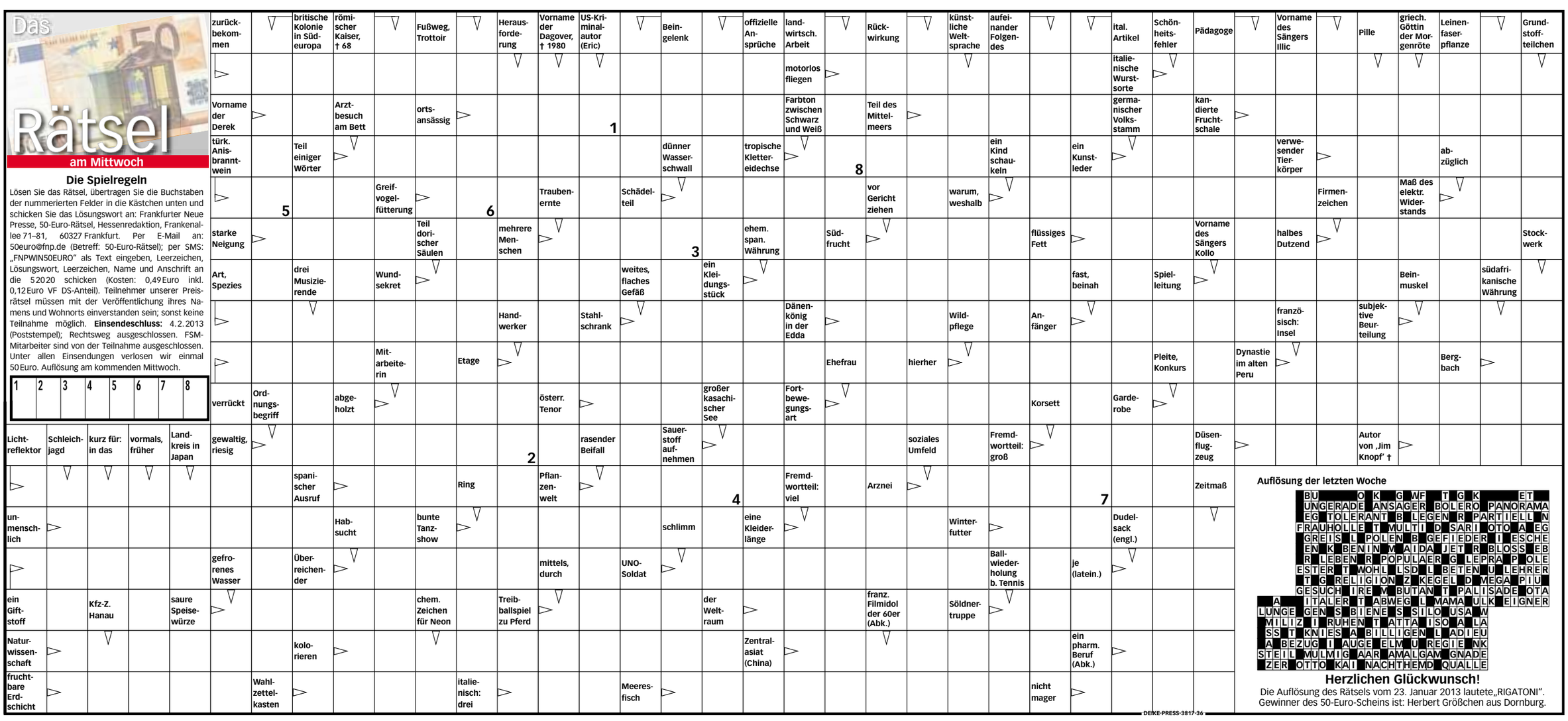
Der Prozess in Kassel war ursprünglich für November letzten Jahres geplant. Wegen Krankheit des Richters musste er vertagt werden. Das Urteil wird mit Spannung erwartet: Boris Rhein kann sich nach der verpatzten Frankfurter OB-Wahl eigentlich keine weitere Schlappe mehr erlauben. Bleibt das Vereinsverbot jedoch bestehen, wäre das für die Frankfurter Hells Angels das endgültige Aus. *ruh*

Das Rätsel am Mittwoch

Die Spielregeln

Lösen Sie das Rätsel, übertragen Sie die Buchstaben der nummerierten Felder in die Kästchen unten und schicken Sie das Lösungswort an: Frankfurter Neue Presse, 50-Euro-Rätsel, Hessenredaktion, Frankenallee 71–81, 60327 Frankfurt. Per E-Mail an: 50euro@fnp.de (Betreff: 50-Euro-Rätsel); per SMS: „FNPWIN50EURO“ als Text eingeben, Leerzeichen, Lösungswort, Leerzeichen, Name und Anschrift an die 52020 schicken (Kosten: 0,49 Euro inkl. 0,12 Euro VF DS-Anteil). Teilnehmer unserer Preisrätsel müssen mit der Veröffentlichung ihres Namens und Wohnorts einverstanden sein; sonst keine Teilnahme möglich. **Einsendeschluss:** 4.2.2013 (Poststempel); Rechtsweg ausgeschlossen. FSM-Mitarbeiter sind von der Teilnahme ausgeschlossen. Unter allen Einsendungen verlosen wir einmal 50 Euro. Auflösung am kommenden Mittwoch.

1	2	3	4	5	6	7	8



Auflösung der letzten Woche

Herzlichen Glückwunsch!

Die Auflösung des Rätsels vom 23. Januar 2013 lautete „RIGATONI“. Gewinner des 50-Euro-Scheins ist: Herbert Größchen aus Dornburg.

DEKE-PRESS-3817-36